dodis.ch/31106

Akten-Oesterreich

VERTRAULICH

Schweizerisch-österreichische Arbeitssitzung
anlässlich des Besuches von Aussenminister
Lujo T o n c i c - Sorinj

Montag, 13. Juni 1966, 15.15 - 17.00 Uhr,
im Wattenwylhaus, Bern

T e i l n e h m e r :

Oesterreich:

Dr. Lujo T o n c i c - Sorinj, Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

Dr. Heinrich H a y m e r l e , Leiter der Politischen Sektion im Aussenministerium

Dr. J.G. T u r s k y , österreichischer Botschafter in der Schweiz

Dr. Werner S a u t t e r , Legationsrat, Leiter der Informationsabteilung im Aussenministerium

Dr. Heribert T s c h o f e n , persönlicher Sekretär des Bundesministers

Hr. Otto P l e i n e r t , 2. Sekretär der österreichischen Botschaft in Bern

Schweiz:

Bundesrat Willy S p ü h l e r , Vorsteher des EPD

Botschafter Pierre M i c h e l i , Generalsekretär des EPD

Botschafter Edwin S t o p p e r , Direktor der Handelsabteilung EVD

Minister Paul Rudolf J o l l e s , Delegierter für Handelsverträge

Minister August R. L i n d t , Delegierter für technische Zusammenarbeit

Botschafter Alfred E s c h e r , schweizerischer Botschafter in Oesterreich

Minister Rudolf B i n d s c h e d l e r , Rechtsberater des EPD

Dr. Antonino J a n n e r , Stellvertreter des Chefs der Abteilung für politische Angelegenheiten EPD und Chef des Politischen Dienstes OST

Dodis

dodis.ch/31106

Vertrauliches Sitzungsprotokoll

Spühler

gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass mit dem gegenwärtigen Besuch die schöne Tradition der Besuche österreichischer Bundesaussenminister und Bundeskanzler fortgesetzt wird. Sie sind Ausdruck nicht nur alter Freundschaftsbande zwischen unsern beiden Ländern, sondern auch einer gewissen gleichartigen Interessenlage, die von einigen uns in gleicher Weise betreffenden Problemen geprägt ist. Im Vordergrund steht dabei die Neutralitätspolitik, die ja auch Ihre Nachkriegspolitik kennzeichnet. Wir danken Ihnen dafür, dass Sie Ihren ersten offiziellen Besuch gerade unserem Lande abstatten und betrachten dies als ein Zeichen des guten Einvernehmens zwischen unseren beiden Ländern.

Wenn es Ihnen recht ist, möchten wir kurz die Liste der Traktanden besprechen. Wir könnten wie folgt vorgehen : Zuerst multilaterale Fragen, unter denen natürlich das Problem der europäischen Integration im Vordergrund steht; dann liegt unserem Departement das Problem der Finanz- und Entwicklungshilfe am Herzen, und wir glauben, es liessen sich hier gewisse gemeinsameInteressen diskutieren. In zweiter Linien einige bilaterale Fragen (wo wir augenblicklich nicht sehr viel auf dem Herzen haben), und schliesslich könnten wir noch einige Fragen der aktuellen internationalen Politik besprechen. Darf ich Sie bitten, sich zu diesem Vorschlag zu äussern?

Toncic

Ich danke Ihnen für die freundlichen Worte und möchte betonen, dass es mir sehr am Herzen gelegen hat, meinen ersten offiziellen Besuch der Schweiz abzustatten. Es gibt viele Gründe dafür, aber vor allem folgende: einmal besteht zwischen unsern beiden Aussenministerien ein traditionell besonders enger Kontakt; und zum andern nähern wir uns gerade jetzt einer wichtigen Entwicklung im Problem der europäischen Integration (die EWG hat sich innerlich seit ihrer Gründung gewandelt; auch aussenpolitisch - z.B. der Besuch de Gaulles in Moskau - hat sich die Orientierung der EWG-Länder verändert; und schliesslich besitzen wir jetzt eigene Erfahrungen mit der EWG-Kommission). Wir sollten den Besuch benutzen, um einigermassen an den Kern gerade dieses Problems heranzugehen.

Könnten wir nicht zuerst mit den Details, d.h. einigen bilateralen Fragen, beginnen, anschliessend zum Integrationsproblem übergehen und am Schluss die Welt-Fragen diskutieren?

Spühler

Einverstanden.

dodis.ch/31106

Toncic

Wir haben folgende Anregungen auf bilateralem Gebiet.

Das Wesen immerwährend neutraler Staaten widerstrebt einer bindenden Institutionalisierung (die übrigens auch gar nichts wert wäre ohne den entsprechenden Geist dahinter). Viel nützlicher scheint eine Förderung der direkten Kontakte zwischen den zuständigen Persönlichkeiten der einzelnen Sachgebiete.

Ich könnte mir vorstellen, dass die Leiter der politischen Abteilungen in ihren Kontakten regsamer würden; unsererseits haben wir eine Reihe von Erfahrungen - europäische Ost- bzw. Südostgebiete, UNO, EWG, DAC -, wo wir der Schweiz nützliche Informationen zukommen lassen können; die Schweiz dürfte andererseits fruchtbare Erfahrungen in überseeischen Ländern haben, die uns fehlen. Kurz: auf allen diesen Gebieten sollten die Kontakte intensiviert werden, und ich verspreche mir viel davon, weil sich unsere Erfahrungen auf vielen Gebieten ergänzen können.

Die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Entwicklungshilfe wäre eine weitere Möglichkeit in diesem Sinne. Herr Lindt war in Wien, und sein Besuch war für uns von grossem Nutzen. Leider wurde die damals eingeleitete Entwicklung - z.T. wegen der gleich darauf einsetzenden Regierungs-Paralysierung - nicht fortgesetzt. Wir sollten sie aber wieder aufnehmen.

Eine andere Möglichkeit sehe ich in einer Zusammenarbeit zwischen unserer diplomatischen Akademie in Wien und Ihrem "Institut de Hautes Etudes Internationales", wobei u.a. gegenseitig etwa zwei Stipendien gegeben werden könnten.

Wir haben im weitern die Absicht, unsere diplomatische Vertretung in Bern zu einer sogenannten "grossen Botschaft" auszubauen; eben gerade, weil vermehrte Kontakte ein entsprechend grösseres Arbeitsvolumen mit sich bringen.

Es könnten auch vermehrt Schweizerwochen in Oesterreich bzw. Oesterreicherwochen in der Schweiz durchgeführt werden. Wir haben einen aktiven Mann an der Spitze unserer Aussen-Kulturstelle, der sicher Freude an einer Zusammenarbeit mit "Pro Helvetia" hätte.

Parlamentarierkontakte: Diese bestehen schon in Strassburg, wo eine Uebereinkunft getroffen wurde, wonach die schweizerischen, österreichischen und schwedischen Parlamentarier gemeinsam Probleme behandeln, die sie gemeinsam betreffen. Solche Kontakte sind zu intensivieren.

Dann besteht die Frage einer Zusammenarbeit unserer diplomatischen Vertretungen im Ausland. Wir studieren das nicht leichte Problem gegenwärtig vom Standpunkt unserer einschlägigen Dienstvorschriften aus. Es bestehen zwei Möglichkeiten einer solchen Zusammenarbeit: a) eigentliche Interessenvertretung des einen Staates durch den andern; b) Diplomaten des einen Landes arbeiten an einer diplomatischen Mission des andern Landes mit; diese Lösung wirft eine Reihe von Fragen des internen Verwaltungsrechtes auf, die aber überwunden

dodis.ch/31106

werden könnten. Auch in der Schweiz sollten die entsprechenden Probleme und Möglichkeiten studiert werden.

Schliesslich erwähne ich noch den Bereich der industriellen Kooperation, wo wir an Massnahmen zur verstärkten Plazierung schweizerischen Kapitals in Oesterreich denken. Wir können im Moment noch nicht abschätzen, wie weit das bloss ein frommer österreichischer Wunsch ist; auf alle Fälle ist es ein Wunsch. Es besteht in verschiedenen Ländern grosses Interesse an Investitionen in Oesterreich, Länder, deren Verknüpfung mit Oesterreich uns nicht allzu glücklich stimmt; wir hätten lieber schweizerisches Kapital. Natürlich bestehen da einige Probleme - z.B. auf dem Gebiet der österreichischen Umsatzsteuer -, aber wir werden gerne allfälligen schweizerischen Wünschen in dieser Hinsicht entgegenzukommen suchen.

Dann sind da, zum Schluss, noch zwei bilaterale Pendenzen:

1.) Das Grenzregulierungsabkommen, das an sich abschlussreif ist, aber noch seiner logischen Ergänzung im Grenzvermarchungs~~kommission~~abkommen bedarf.

2.) Das Fürsorgeabkommen, das zwar seit längerer Zeit abgeschlossen, aber nicht verwirklicht wurde; in der Zwischenzeit haben sich die materiellen Voraussetzungen im Sinne einer Weiterentwicklung über das Abkommen hinaus geändert, und es wäre zu prüfen, ob über die Materie nicht neu verhandelt werden sollte.

Spühler

Wir wollen rasch auf diese Probleme eingehen und sie soweit möglich besprechen.

Regelmässige Kontakte zwischen Ihrem Ministerium und unserem Departement: Hier sehen wir durchaus eine Möglichkeit, soweit die Kontakte rein persönlich bleiben und nicht institutionalisiert werden (wir sind in solchen Dingen immer sehr vorsichtig).

Micheli

Solche Kontakte wären sicher sehr angenehm und einfach durchzuführen.

Haymerle

Wir haben bereits ähnliche Kontakte mit den vier skandinavischen Staaten, die einmal im Jahr an einem Tag, abwechselnd in Wien oder in einer nordischen Hauptstadt, stattfinden.

Spühler

Wir setzen also den Vorschlag auf die Pendenzenliste und werden versuchen, ihn direkt zu erledigen.

Frage der diplomatischen Akademie: Auch hier nehmen wir die Anregung sehr gern entgegen und werden versuchen, sie mit dem "Institut de Hautes Etudes Internationales" zu bereinigen (die Schule ist vom Bund unabhängig).

dodis.ch/31106

Toncic

Wie im Falle unserer Akademie dürften Ihnen über den Weg der Subventionierung gewisse Einflussmöglichkeiten offen stehen.

Micheli

Der Vorschlag der Zusammenarbeit beschränkt sich also in diesem Falle auf die reziproke Gewährung einiger Stipendien.

Spühler

Eine Art Studenten-Austausch zwischen den beiden Instituten wäre durchaus denkbar.

Toncic

Wobei es sich nicht um einen Austausch handeln würde, der von den Studenten selbst zu finanzieren wäre, sondern der dank der Stipendien unbemittelten, talentierten Schülern zugute käme.

Lindt

Möglicherweise ist übrigens in dieser Frage das Departement des Innern zuständig; in diesem Falle könnten solche Stipendien ohne weiteres ins eidgenössische Stipendienprogramm eingebaut werden. Die Stipendien wären, wenn ich richtig verstehe, für Studenten diplomatischer Richtung bestimmt, nicht für Studenten z.B. wirtschaftlicher Richtung?

Toncic

Ja.

Spühler

Wir werden sicher einen Weg finden.

Den Ausbau Ihrer Vertretung in Bern nehmen wir mit Befriedigung zur Kenntnis. Wir sind immer dankbar für diese Art der Anerkennung, ganz besonders aber im Falle Oesterreichs.

Die Anregung von Oesterreicher- bzw. Schweizerwochen nehmen wir zur Kenntnis. Es befindet sich in unserer Delegation niemand, der zu einer entsprechenden Stellungnahme kompetent wäre. Wir werden aber sehen, was sich tun lässt.

Stopper

Soweit es sich um Wochen zur Handelsförderung handelt, so dürfte die Ungewissheit über den von Oesterreich befolgten integrationspolitischen Kurs schweizerische Initiativen auf diesem Gebiet etwas dämpfen. Allzu oft erklären österreichische Regierungsmitglieder, man sei nur glücklich, wenn ein Uebertritt in die EWG erfolge. Das schafft eine Atmosphäre, die auf Möglichkeiten im beschriebenen Sinne etwas einschränkend wirkt.

dodis.ch/31106

Tursky

Solche Zweifel sollten jedoch gerade dazu führen, dass dem österreichischen Wunsch nach schweizerischen Investitionen entgegengekommen wird.

Stopper

Wir sprechen jetzt von österreichischen Werbewochen zur Förderung des Absatzes in der Schweiz.

Toncic

Sie meinen, die Unkenntnis des österreichischen Integrationszieles stelle ein Hindernis dar.

Stopper

Ja. Dies schliesst entsprechende Möglichkeiten nicht völlig aus, aber schränkt sie ein, weil es sie mit einer Hypothek belastet. Auch für Investitionsentscheide ist diese Ungewissheit nicht gerade förderlich.

Spühler

Ihr Vorschlag bezieht sich nur auf wirtschaftliche, oder auch auf kulturelle Werbe-Veranstaltungen?

Toncic

Ich denke an beides. Denn obschon wir beide recht viel Allgemeines übereinander wissen, gilt dies doch eigentlich nicht für Einzelheiten und Hintergründe. Je breiter aber unsere Kenntnisse voneinander sind, umso stärker entwickelt sich eine emotionelle Bindung, aus der heraus wir auch andere Schwierigkeiten überwinden können.

Janner

Was die kulturellen Kontakte betrifft, so wäre der nächste Schritt ein Kontakt zwischen den Leitern der beiden Kultur-Institutionen, Dr. Auer und Dr. Stettler.

Tschofen

Es sind bei uns zur Zeit Bemühungen im Gange, eine Ihrer "Pro Helvetia" ähnliche Stiftung ins Leben zu rufen. Soviel ich weiss, hat der Initiant dieses Planes Dr. Stettler schon besucht; das wäre ein Ansatzpunkt.

Spühler

Wir nehmen die Anregung gerne auf und werden Dr. Stettler beauftragen, mit Ihrem Dr. Auer in Kontakt zu treten.

Die Parlamentarier-Kontakte sind auf dem besten Wege. Als nächste sind, soweit ich orientiert bin, die Schweden an der Reihe in den Strassburger Kontakten. Diese scheinen sich also einzuspielen.

dodis.ch/31106

Tschofen

Um nochmals auf die Werbewochen zurückzukommen: 1962 hat eine österreichische Woche in der Schweiz stattgefunden, und gegenwärtig macht Oesterreich neben andern Ländern an der Berner Kramgasse mit. Wir hätten den Wunsch, die österreichische Wirtschaft und ihre Leistungsfähigkeit jenen Teilen der Schweiz bekannt zu machen, die sie noch nicht kennen, z.B. in der welschen Schweiz. Aehnliche Manifestationen wären in Oesterreich möglich.

Spühler

Gehen wir über zur Frage der Zusammenarbeit auf diplomatischem Gebiet. Auch wir prüfen diese Frage gegenwärtig und können im Moment noch keine definitive Stellungnahme abgeben.

Micheli

Der Vorschlag stellt uns vor gewisse Probleme; nicht so sehr die Variante einer eigentlichen Interessenvertretung, sondern die Variante allfälliger gemeinsamer Vertretungen. Dann spielt auch die Frage des zukünftigen Verhältnisses Oesterreichs zur EWG mit; sollte eine Assoziierung erfolgen, während wir draussen bleiben, dann dürften sich gewisse politische Schwierigkeiten für gemeinsame Vertretungen ergeben.

Toncic

Das verstehen wir. Anderseits wissen wir aber nicht, ob sich daraus wirklich eine Schwierigkeit ergeben kann; denn auch wenn wir mit der EWG eine Vereinbarung schliessen, dann wird das bei weitem keine Assoziation wie etwa im Falle Griechenlands oder der Türkei sein. - Ich weiss, was sie meinen; aber die österreichische immerwährende Neutralität würde auch von einer wie immer gearteten Vereinbarung mit der EWG nicht berührt. - Dagegen sehen wir, wie schon früher gesagt, Schwierigkeiten auf rein administrativer Ebene. Diese Aspekte studieren wir gegenwärtig, und das sollte auch die Schweiz tun.

Haymerle

Sie haben doch in der Interessenvertretung eine gewisse Erfahrung; haben Sie jeweils bei solchen Vertretungen Personal übernommen oder nicht?

Micheli

Nur in wenigen Fällen, und nur sehr begrenzt; zudem handelte es sich in diesen Fällen ausschliesslich um die Wahrung konsularischer Interessen, nicht aber um diplomatische Interessen.

Bindschedler

Wir müssen auseinanderhalten
a) die Vertretung eines Staates durch einen andern Staat (Schutz-

dodis.ch/31106

machtfunktion); auf diesem Gebiet haben wir eine lange Erfahrung, und da sähen wir keine Probleme.

b) die Frage, ob gemeinsame Vertretungen mehrerer Staaten errichtet werden können. Diese neue Möglichkeit wurde zwar in die Wiener Uebereinkunft eingebaut, aber es würden sich in diesem Fall auch bei uns verwaltungsrechtliche Fragen stellen, die geprüft werden müssen.

Toncic

Das meinte ich ja eben: dass diese verwaltungsrechtlichen Probleme beiderseits geprüft werden sollten, damit wir sehen, ob gemeinsame Vertretungen überhaupt möglich sind oder nicht.

Spühler

Dieser rein administrative Aspekt des Problems muss vom politischen Aspekt getrennt werden. Auf alle Fälle ist bei uns die Prüfung noch nicht beendigt.

Tursky

Als dritte Variante könnte man vielleicht noch die Möglichkeit prüfen, österreichische bzw. schweizerische Diplomaten einer Mission des andern Staates zuzuteilen, also nicht eigentliche gemeinsame Vertretungen zu schaffen.

Spühler

Wir nehmen diese weitere Anregung gerne zur Kenntnis.

Bindschedler

Allerdings könnten sich da eventuell internationale Schwierigkeiten ergeben, weil diese Möglichkeit in der Wiener Uebereinkunft nicht vorgesehen ist.

Toncic

Es wäre dies tatsächlich ein etwas kühner Versuch.

Spühler

Finanzhilfe und Plazierung von Schweizer Kapital: Das liegt im Augenblick alles ein wenig im Schatten unserer Konjunkturdämpfungsmassnahmen; bemühen wir uns doch gegenwärtig gerade um das Gegenteil, nämlich ausländisches Kapital nach der Schweiz zu ziehen.

Stopper

Sie haben sich anerboten, uns über Ihre bisherigen Erfahrungen im Schosse des DAC zu berichten. Wir sind noch nicht Mitglied, obschon wir einmal die Frage prüften und nahe vor einer Mitgliedschaft standen, als Sie Mitglied wurden. Wir zögerten bisher, wegen des rela-

dodis.ch/31106

tiv bescheidenen Umfangs unserer Entwicklungshilfe, den Schritt zu tun; unsere gegenwärtige rein staatliche Entwicklungshilfe erreicht etwa 1/2 % des schweizerischen Bruttosozialprodukts; nehmen wir die kurzfristigen Lieferkredite dazu, sind es etwa 1 1/2 - 2 %. Das sind natürlich unwesentliche Beträge, und wir hatten denn auch immer den Eindruck, das genüge nicht, um wirklich im DAC mitzumachen, bzw. eine Mitgliedschaft würde uns einem Druck auf Mehrleistungen aussetzen. Welches sind Ihre Erfahrungen in dieser Hinsicht? Dann wäre es sicher auch wertvoll, von Zeit zu Zeit einen Erfahrungsaustausch über spezielle Entwicklungsprojekte zu pflegen; wir wurden z.B. kürzlich von der IDA angefragt, und wir haben im Sinne, mitzumachen, obschon wir nicht Mitglied der Weltbank sind. Wie verhalten Sie sich in dieser Hinsicht? - Wir hatten z.B. einen Gedankenaustausch zum Thema der asiatischen Entwicklungsbank, und in ähnlicher Weise könnten wir auch über andere finanzielle Entwicklungsprobleme gemeinsam diskutieren.

Was die Zusammenarbeit auf industriellem Gebiet betrifft, so lautet das grundlegende Problem: Wo wird Oesterreich integrationsmässig in den nächsten Jahren stehen? Und in welcher Integrationsgruppe die Schweiz? Je nachdem wird der Entscheid zu dieser Anregung anders lauten. Zwar besteht bei uns sicherlich das Bedürfnis, die Produktion im EWG-Raum auszubauen, unabhängig von einer allfälligen Mitgliedschaft; dann kommt bei uns noch das Problem der Knappheit der Arbeitskräfte hinzu. Sicherlich aber wird der Kreis der Schweizerfirmen, die sich an einer Expansion in Oesterreich interessieren, je nach der "Integrations-Vision" anders sein: Sieht es so aus, als ob Sie in Kürze in der EWG landen, dann werden sich vor allem jene Unternehmen interessieren, denen an einer Produktions-Ausweitung im EWG-Raum gelegen ist; bleiben Sie mit uns in der gleichen Gemeinschaft, dann werden sich jene melden, denen es in erster Linie um eine Entlastung des schweizerischen Arbeitsmarktes bei einer Produktion für die Schweiz oder die EFTA geht. Es sind bei uns ernsthafte Absichten vorhanden, wobei aber - abgesehen von Einzelfällen, wo ein von Integrationserwägungen unabhängiges Investitionsinteresse vorliegt - der Entscheid meist vom österreichischen Standpunkt in der Integration abhängig gemacht wird. Oesterreichische Erklärungen über seine Integrationspolitik, soweit überhaupt möglich, wären auch von diesem Gesichtspunkt aus sehr nützlich. - Wir selber würden natürlich sehr wünschen, im gleichen Boot zu bleiben. Der Handelsverkehr zwischen unsern beiden Ländern hat sich seit dem Anlaufen der EFTA ausserordentlich gut entwickelt, und es wäre bedauerlich, wenn diese Entwicklung wieder rückgängig gemacht würde. Aber auf alle Fälle möchte ich nochmals unterstreichen, dass es wertvoll wäre, Klarheit zu erhalten.

Spühler

Auf das Problem der Integration werden wir noch gesondert zu sprechen kommen.

dodis.ch/31106

Toncic

Was unsere Erfahrungen beim soeben erwähnten DAC betrifft, so ist folgendes zu sagen. Wir sind nun eine Weile dabei, und unsere Teilnahme ist bisher im grossen und ganzen positiv zu bewerten. Es ging uns von Anfang an darum, im DAC die Erfahrungen anderer Länder verwerten zu können und darüber hinaus zweckdienliche Informationen über die Entwicklungsländer zu erhalten. Es hat sich dabei herausgestellt, dass eine Gesamtüberprüfung der österreichischen Entwicklungshilfe nötig war; es ist also ein stimulierender Effekt zu verzeichnen, dem keinerlei Nachteile oder Belastungen gegenüberstehen. Auf alle Fälle hat uns die Mitgliedschaft im DAC gute Einblicke in die Problematik der Materie verschafft, wovon unsere Entwicklungshilfe nur profitieren konnte. - Dasselbe gilt übrigens auch für die UNCTAD, wo ja auch Sie mitmachen. Bisher hat diese Institution nicht viel Konkretes geschaffen, aber wir konnten doch viel lernen über die "Illusionen" der Entwicklungsländer. Und wenn Länder wie Oesterreich oder die Schweiz ihre Meinung zu solchen "Illusionen" sagen, dann wird das möglicherweise unter den Adressaten weniger Anstoss erregen, als wenn es andere Länder tun.

Lindt

Hier möchte ich nochmals auf die Frage der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der technischen Hilfe zurückkommen: Es würde uns freuen, wenn wir unsererseits jemanden aus Oesterreich zwecks Meinungsaustausches einladen könnten.

Toncic

Vielleicht Frau Dr. Seiler, mit der Sie seinerzeit in Wien Gespräche hatten.

Stopper

Mit welchem personellen Aufwand ist die Mitarbeit beim DAC verbunden?

Toncic

Ich verfüge im Moment nicht über entsprechende Angaben; wir werden Ihnen aber gerne darüber berichten.

Spühler

Nun zu den Grenzverhandlungen. Die schweizerische Delegation wird Oesterreich nächstens einen bereinigten Entwurf zukommen lassen.

Janner

Und zwar inklusive Grenzvermarchung. Wir sind am Zug und werden Oesterreich einen Entwurf zustellen.

dodis.ch/31106

Spühler

Dann das Fürsorgeabkommen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass man in dieser Angelegenheit nicht richtig vom Fleck kommt. Offenbar haben sich die materiellen Verhältnisse geändert, doch haben wir einige Mühe, auf die Sache zurückzukommen. Auf alle Fälle müssen auch wir das Problem neu betrachten und möchten vorschlagen, in gleicher Weise auch das Problem der Sozialversicherungen neu aufzunehmen, denn auch hier hat sich die Situation geändert.

Haymerle

Wir sind am Zuge; der Wunsch wurde uns von Botschafter Escher bereits vorgebracht.

Spühler

Nun möchten wir zur Integrationsfrage übergehen. Welches ist der österreichische Standpunkt?

Toncic

Eigentlich ist in Oesterreich für diese Frage das Handelsministerium zuständig; aber das Aussenministerium nimmt wenigstens die aussenpolitischen bzw. völkerrechtlichen Aspekte wahr, und hiezu möchte ich mich äussern:

Hinsichtlich des Neutralitätsrechtes kann es kaum Meinungsverschiedenheiten geben, weil das Neutralitätsrecht nicht allzu viele Interpretationsmöglichkeiten offen lässt.

Anders ist die Frage hingegen bei der Neutralitätspolitik; denn diese hängt von Land zu Land von verschiedenen Voraussetzungen ab. Folglich ist dies das Kernproblem, mit dem wir uns zu beschäftigen haben.

Der eigentliche österreichische Wirtschaftsraum - der Donauraum - ist aus verschiedenen Gründen zerschlagen worden. Das ist eine unserer spezifischen Voraussetzungen. Andere Voraussetzungen - bzw. Schwierigkeiten - sind für uns, dass man nach dem 1. Weltkrieg von Seiten gewisser westlicher Staaten viel daran gesetzt hat, um die natürlichen Kontakte zwischen Oesterreich und den Nachfolgestaaten nicht zu begünstigen; das hat die wirtschaftliche Isolierung Oesterreichs einerseits und die wirtschaftlichen Autarkiebestrebungen in den Donauländern andererseits gefördert. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde dann Oesterreich von seinem natürlichen Wirtschaftsraum völlig getrennt, was uns dazu zwang, uns noch stärker nach dem Westen auszurichten.

Hier stossen wir nun auf das spezifisch österreichische neutralitätspolitische Problem: denn innerhalb einer restriktiven Neutralitätspolitik lässt sich für unsere oben beschriebenen Voraussetzungen keine Lösung finden. Wir können uns nicht in kurzer Zeit Ueberseemärkte schaffen; die EFTA ist als Wirtschaftsraum begrenzt; der Osthandel ist heute starr bilateral und beschränkt. Das sind Grenzen, mit denen wir uns heute abzufinden haben. Anderseits lässt sich

dodis.ch/31106

aber auch nicht bestreiten, dass österreichische Waren im EWG-Raum einer wachsenden Diskriminierung ausgesetzt sind. Die österreichische Wirtschaft ist deshalb bis zu einem gewissen Masse vulnerabel, und dies verlangt nach einer Lösung.

Wir sind heute an einem Punkt angelangt, wo diese Lösung dringlich geworden ist. Es ist zwar richtig, dass dies nicht von heute auf morgen möglich ist und dass nichts überstürzt werden sollte; aber wir glauben, trotzdem an eine Lösung herantreten zu sollen. Die uns dabei beschäftigenden Probleme sind vierfach:
- Steht unser Schritt im Einklang mit der EFTA?
- Steht er im Einklang mit dem Staatsvertrag?
- Steht er im Einklang mit der Neutralität?
- Welche Auswirkungen hat er innerstaatlich?

Ich möchte an dieser Stelle wie folgt auf sie eingehen:

EFTA: Obschon offenbar gelegentlich der Eindruck entstanden ist, wir betrachteten unsere EFTA-Bindungen mit einer gewissen Flexibilität, so möchte ich doch betonen, dass der Grundsatz, Verträge seien einzuhalten, auch bei uns gilt. Wir halten den EFTA-Vertrag ein. Bundesminister Bock hat in Bergen erklärt, die Ende Jahres fällige 20%ige Zollreduktion werde auch von Oesterreich noch übernommen, wenn nicht eine Regelung mit der EWG unmittelbar bevorstehe; nach menschlichem Ermessen ist eine solche Entwicklung nicht zu erwarten. Hinzu kommt, dass beim grossen Teil der österreichischen Industrie die Auffassung herrscht, die beste Lösung bestände in einem weitern Verbleiben in der EFTA nebst zusätzlichem Arrangement mit der EWG. Wenn sich dies jedoch als unmöglich herausstellen sollte, dann drängen uns wirtschaftliche Gesichtspunkte, gegen die 18 % unseres EFTA- und für die nahezu 50 % unseres EWG-Handels zu optieren.

Staatsvertrag und Neutralität: Hier reduziert sich die Problematik auf rein politische Fragen. Der Sinn des Staatsvertrages besteht darin, Oesterreich als selbständigen Staat zu erhalten und zu verhindern, dass andere Staaten - insbesondere die Bundesrepublik - aus einem allfälligen Anschluss Oesterreichs einen Machtzuwachs erhalten, der sich zuungunsten des Ostens und zugunsten des Westens auswirken würde. Die Russen interessiert einzig und allein dieser Aspekt, dass die Bundesrepublik hier keinen Machtzuwachs und keine wirtschaftliche Expansionsmöglichkeit nach Osten erhält; ob wir eine Regelung mit der EWG nun Assoziierung nennen oder schlicht als ein Arrangement betrachten, ist ihnen egal. Für uns stellt sich also das Problem, die wirtschaftliche Integration mit dem Sinn unserer Neutralität, wie sie die Russen verstehen, in Einklang zu bringen; wenn uns das gelingt, dann haben wir in Richtung auf eine gesamteuropäische Integration allerlei zustande gebracht.

Zur Wahrung dieser Neutralität haben wir der EWG den Einbau der Ihnen bekannten vier Neutralitätsvorbehalte vorgeschlagen: die Treaty making Power, das kriegswirtschaftliche Vorratsrecht, das Kündigungsrecht sowie getrennte Institutionen, die jede Form von Ueberstimmung verhindern würden. Ueber diese Vorbehalte verhandeln wir gegenwärtig

dodis.ch/31106

in der EWG mit wechselndem Geschick, wobei wir Interessantes und Wichtiges erfahren und wobei wir sehen können, wie schwierig das Problem ist, das dadurch entsteht, dass hier ein Neuling Einlass in die EWG und gleichzeitig eine Reihe von Vergünstigungen heischt, die die andern EWG-Partner nicht haben.

Wir gewinnen heute den Eindruck, die Kernfrage zu einer Lösung laute: wie weit kann ein Neutraler in Richtung einer Wirtschaftsunion gehen? Es ist klar, dass das Extrem einer eigentlichen Wirtschaftsunion mit der Neutralität unvereinbar ist; aber wo liegt die Grenze des noch Zulässigen? Ist eine Zollunion, unter Wegfall der Binnenzölle, noch vertretbar? - Die EWG ihrerseits steht auf dem Standpunkt, Freihandelszonen dürften nur mit Entwicklungsländern, nicht aber mit Industriestaaten abgeschlossen werden; diese Lösung, die uns der Sorge um die EFTA entheben würde, kommt also für uns nicht in Frage. - Es wäre zu prüfen, wie weit eine "Declaration of Intention" im Sinne der GATT-Bestimmungen über regionale wirtschaftliche Zusammenschlüsse einen Ausweg bieten könnte (obschon die EWG dies bisher ebenfalls ablehnte).

Die Bundesregierung hat übrigens mehrmals unterstrichen, dass bei jeder Art Arrangement mit der EWG die Neutralität voll beibehalten werde. Obschon Inhalt und Umfang unserer Neutralität nicht von Drittstaaten definiert werden sollen, sind wir doch an die Normen des Völkerrechtes gebunden.

Im Staatsvertrag ist es Art. 4, der uns einen Anschluss untersagt, der im Zusammenhang mit der EWG-Frage zur Diskussion steht. Wir haben unsererseits nicht das geringste Interesse an einem wirtschaftlichen Anschluss; er würde den Russen einen Vorwand für Vorwürfe an uns bieten, wenn wir in einer Staatsgemeinschaft aufgehen, in der die Bundesrepublik massgeblich herrscht. Es stellt sich auch hier die Frage der Abgrenzung, d.h. wie weit man gehen kann, ohne zu "versinken".

Die von der Schweiz in der Integrationsfrage bisher beobachtete grosse Zurückhaltung lässt sich von der Schweiz aus sicher als richtig vertreten. Aber ich frage mich doch, ob nicht eine neue Initiative der Schweiz dem europäischen Fortschritt, der Lösung der Problematik mehr dienen würde. Es würde uns interessieren, auf diese Frage von der Schweiz eine Antwort zu erhalten. Eines Tages wird die Situation soweit gediehen sein, dass eine Initiative ergriffen werden muss.

Auf alle Fälle werden wir uns auch weiterhin für ständige Informationen zur Verfügung halten.

Spühler

Wir danken für die offene Darlegung und begreifen die Gründe, die Oesterreich zu seiner Haltung veranlassen. Wir nehmen die Erklärung entgegen, dass Oesterreich die kommende 20%ige EFTA-Zollreduktion mitzumachen gedenkt, wenn es nicht zu einer raschen Lösung mit der EWG gelangt. Im übrigen glauben wir, dass die Zurückhaltung der

dodis.ch/31106

Schweiz berechtigt war; natürlich beurteilt man Recht oder Unrecht in erster Linie vom eigenen Standpunkt aus, und das gilt auch für die Frage, ob man Initiativen ergreifen soll oder nicht.

Auch wir glauben, dass wir in der Integrationsfrage an einem Wendepunkt angelangt sind; aber ob die Situation für Initiativen, wie Sie sie vorschlagen, schon reif ist oder ob nicht noch allzu viel Unklarheiten in Brüssel und der allgemeinen internationalen Lage hineinspielen - das lässt sich nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten. Ich sehe auf alle Fälle im Augenblick noch mehr Schwierigkeiten als Möglichkeiten.

Jolles

Ich glaube, der Ausgangspunkt, wie Sie ihn schildern, deckt sich zum grossen Teil mit unseren eigenen Anschauungen. Sie haben darauf hingewiesen, dass heute die Dinge bei der EWG im Fluss sind und dass das Integrationsproblem neu überdacht werden müsse. Wir sind der gleichen Meinung. Auch das wirtschaftliche Problem liegt für uns ähnlich wie für Sie: Wenn Ihre Exporte nach EWG-Ländern 47 % des Totals ausmachen, so sind es bei uns 40 %; wenn Unterschiede bestehen, liegen sie beim EFTA-Handel: während Sie Ihre EFTA-Exporte von 10 auf 18 % steigern konnten, kamen wir von 17 lediglich auf 19,7 % unserer Totalausfuhren.

Eine Initiative der Schweiz im Alleingang erachten wir im jetzigen Zeitpunkt als neutralitätspolitisch noch immer viel zu riskant. Als wir uns seinerzeit über die neutralitätspolitischen Erfordernisse bei einem allfälligen Arrangement mit der EWG beraten haben, taten wir dies unter dem Gesichtspunkt einer allgemeinen Ausweitung der EWG, d.h. es wurde nicht mit einer institutionellen Verbindung mit einer protektionistischen, von einem einzigen Staat dominierten Sechsergemeinschaft gerechnet, sondern mit einer durch den Beitritt Grossbritanniens und Skandinaviens erweiterten und innerlich ausgeglichenen Gemeinschaft. Nach unserer Auffassung ist die neutralitätspolitische Gefahr einer institutionellen Verbindung mit der Sechsergemeinschaft heute nicht geringer als damals. Wir sehen zwar ein, dass die EWG heute viel weniger supranational konzipiert ist, als ursprünglich vorgesehen war und dass die politischen Ziele in den Hintergrund getreten sind. Anderseits ist gerade wegen dieses Wegfalls der Supranationalität die politische Einflussmöglichkeit einzelner Grossmächte - nicht nur Frankreichs, sondern auch der Bundesrepublik - entsprechend stärker. Es ist durchaus denkbar, dass eine Grossmacht versucht, der EWG ihren Stempel aufzudrücken. Für den Kleinstaat ergibt sich daraus unbedingt die Gefahr der Satellisierung.
Es kommt hinzu, dass gegenwärtig noch immer starke politische Spannungen innerhalb der EWG herrschen (verschiedene aussen- und verteidigungspolitische Ziele etc.). Es schiene uns neutralitätspolitisch bedenklich, unter diesen Umständen und in diesem Zeitpunkt eine Initiative zu ergreifen.

dodis.ch/31106

Ferner hat die Aussenhandelspolitik der EWG ihre Tendenzen auch heute noch nicht gewechselt; sie ist noch immer ausgesprochen protektionistisch mit entsprechenden Konfliktsituationen gegenüber Drittstaaten (z.B. Lateinamerika). Auch von diesem Gesichtspunkt aus haben wir ein gewisses Interesse daran, die weitere Entwicklung abzuwarten und die Hoffnung auf liberalere Tendenzen nicht aufzugeben.

Schliesslich ist gerade wegen des heute stärkern Interesses Grossbritanniens an einer Lösung eine allmähliche neue Entwicklung im Sinne einer allgemeinen Erweiterung der EWG als nicht ausgeschlossen zu betrachten. Unter diesen Umständen besteht aber ein grosses Interesse an einer gewissen zeitlichen Koordinierung; denn bei jeder neuen, individuellen Assoziierung treten Probleme auf, die sich gemeinsam leichter lösen lassen. Die Institutionen der EWG können nicht für jeden Einzelfall neu angepasst werden. Ganz abgesehen vom Problem der Zölle, die andernfalls zuerst hinaufzusetzen und nachher wieder zu senken wären.

Der Inhalt der von uns seinerzeit gemeinsam erarbeiteten neutralitätspolitischen Vorbehalte muss nun notwendigerweise in Ihren Brüsseler Verhandlungen definiert werden. Gerade dieser Aspekt interessiert uns sehr. Ich glaube nicht, dass man die Grenzen juristisch genau ziehen kann zwischen einer neutralitätspolitisch tragbaren Integration und einer nicht mehr tragbaren. Für uns ist wesentlich, wie weit das neutrale Land sich ein Mitspracherecht und eine Mitbestimmungsmöglichkeit ausbedingen kann. Die Treaty making Power ist nach unserer Auffassung nicht gewährt, wenn sie sich lediglich auf Zollkontingente erstreckt, für die erst noch die vorherige Zustimmung der EWG-Partner eingeholt werden muss. Bei den Harmonisierungsverpflichtungen legen wir grossen Wert darauf, dass die Ausgleichsmassnahmen, die sich die EWG ausbedingen würde, stets schiedsgerichtlich überwacht werden könnten, um wirtschaftliche Druckmöglichkeiten seitens der EWG gegenüber dem wirtschaftlich Schwächeren auszuschliessen. - All das sind Problemkomplexe, über die wir gerne Ihre Erfahrungen in Brüssel hören würden. Wird dort den neutralitätspolitischen Erfordernissen Beachtung geschenkt? Kommt eine Regelung zustande, die deren Beibehaltung nicht nur der Form, sondern der Substanz nach möglich macht?

Sie hatten zudem kürzlich Kontakt mit den verschiedenen EWG-Staaten. Wie beurteilen Sie die Aussichten für ein Zustandekommen im Lichte dieser jüngsten Stellungnahmen der EWG-Länder? Wie beurteilen Sie die allgemeine politische Lage, insbesondere was Russland betrifft?

Toncic

Die vier Neutralitäts-Vorbehalte wurden in Brüssel wie folgt aufgenommen.

Für die Vorratshaltung sind grundsätzlich keine Schwierigkeiten gemacht worden, vorausgesetzt, dass die Vorräte nicht zu Wettbewerbsverzerrungen Anlass geben.

dodis.ch/31106

Das Kündigungsrecht wurde, bei reziproker Geltung, zugestanden.

Die Treaty making Power konnten wir grundsätzlich durchsetzen, allerdings in der Substanz etwas reduziert: wir mussten uns einer Konsultationspflicht unterwerfen, und die EWG hat das Recht zu Retorsionen.

Die Institution, die ein Mitspracherecht sichern soll, ist der Kern der ganzen Geschichte. Wir schlugen vor, dass jede für Oesterreich verbindliche Beschlussfassung in einem paritätischen Assoziationsrat erfolgen müsste; auch im Falle einer Zustimmung seitens dieses Rates müssten die Beschlüsse noch vom österreichischen Parlament genehmigt werden, wobei dieses natürlich in seinen Entscheiden autonom wäre. - Für die EWG scheint dies nicht akzeptabel. Deshalb neigen wir nun dazu, dass das institutionell zu Vereinbarende auf ein absolutes Minimum zu beschränken und alles andere frei zu lassen sei; dies ist aber für die EWG nicht annehmbar; hier sehen wir, wie kompliziert die Dinge sind.

Aber im allgemeinen herrscht doch eine uns günstige Stimmung, ein Wunsch, ein Arrangement möge zustandekommen. Anderseits können die Leute natürlich nicht aus ihrer Haut heraus, und wir haben noch keine verbindlichen Versprechungen erhalten. Wir müssen auf alle Fälle einmal das Ergebnis des Besuches de Gaulles in Moskau abwarten, weil ja doch davon die französische Integrationspolitik abhängt.

Jolles

Besteht Ihres Wissens die Absicht, bei diesem Besuch den Fall Oesterreich zu besprechen?

Toncic

Darüber wissen wir nichts, und alles, was zu diesem Thema herumgeboten wird, ist Phantasie. Wer wirklich etwas darüber weiss, der sagt nichts davon. Aber es lässt sich deduzieren, dass das Problem zur Sprache kommen wird. Wir unsererseits fördern es übrigens nicht. - Die Russen sind, wie uns scheint, in dieser Sache nicht a priori böswillig und suchen nicht Schwierigkeiten an sich zu machen; aber es gibt nun einmal gewisse Punkte, wo sie auf irgendwelche Aenderungen ausserordentlich neuralgisch reagieren. Dazu gehört das europäische Gleichgewicht. Unsererseits suchen wir den Russen immer wieder klar zu machen, worum es geht. Sie wollen einfach nicht, dass die Bundesrepublik eines Tages an der Grenze Ungarns steht; der rein handelstechnische Aspekt der Angelegenheit ist ihnen gleichgültig.

Jolles

Was bedeutet das spezifisch? Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen?

dodis.ch/31106

Toncic

Das bedeutet: Es kommt für die Russen nicht darauf an, ob wir mit der EWG einen Handelsvertrag oder eine Assoziation oder was immer abschliessen; es kommt darauf an, ob sich daraus eine irgendwie geartete Beherrschung Oesterreichs durch die Bundesrepublik ergibt. Wenn das Arrangement - wie immer es lautet - mit der EWG so formuliert wird, dass eine solche Beherrschung ausgeschlossen ist, dann werden die Russen zwar vielleicht protestieren, aber nichts Effektives dagegen unternehmen.

Spühler

Die Interpretation des Textes in dieser Hinsicht wird allerdings allein von den Russen selbst abhängen und von niemand anderem. Deshalb birgt jeder österreichische Alleingang grössere Gefahren als eine Regelung im Gleichschritt mit den andern Neutralen.

Toncic

Dem ist entgegenzuhalten, dass die Russen sich auch widersetzen würden, wenn wir zwar nicht allein gehen, das Resultat ihnen aber zu Befürchtungen über eine sich daraus ergebende deutsche Hegemonie Anlass bieten würde.

Haymerle

Eine allgemeine Erweiterung der EWG würde es den Russen allerdings erleichtern, sich mit der EWG abzufinden, weil diese dann schon einiges von ihrem bisherigen Charakter verlieren würde.

Toncic

Für eine gemeinsame Aktion der EFTA-Staaten sehen wir jedoch im Augenblick keine Möglichkeit, so sehr wir auch immer noch darauf hoffen.

Haymerle

1963 konnte man bereits einmal den Eindruck haben, die Russen seien gewillt, die EWG zu akzeptieren. Die Opposition hat sich mit dem Veto de Gaulles gegen den britischen Beitritt wieder verschärft.

Spühler

Heute dürften die Russen in der Tat anderer Meinung sein; jedenfalls ist bei ihnen kein irgendwie geartetes grösseres Verständnis festzustellen.

Stopper

Ein gemeinsames Vorgehen der Neutralen wäre zweifellos auch im Hinblick auf die indirekten Auswirkungen auf eine russische Gegnerschaft bedeutsam. Das mögliche östliche Argument, Oesterreich gebe durch ein Arrangement mit der EWG seine Neutralität auf, würde an Gewicht

dodis.ch/31106

verlieren, wenn neben Oesterreich noch andere Neutrale ständen.

Auf alle Fälle wäre dann aber eine Reaktion auf den Osten beschränkt. Die Russen können nämlich, abgesehen von neutralitätspolitischen Einwänden, zusammen mit ihren Alliierten versuchen, Oesterreich wegen eines EWG-Arrangements handelspolitisch zu diskriminieren. Wenn nun eine solche Diskriminierung noch zusammenfallen würde mit einem Wegfall der bisherigen EFTA-Präferenzen - und das wäre ja bei einem Alleingang Oesterreichs unvermeidlich -, dann ergäben sich für Oesterreich doch wohl recht schwere Konsequenzen. Ihr Argument: bei uns stehen 47 % EWG-Handel 18 % EFTA-Handel gegenüber, ist unter diesem Gesichtspunkt unvollständig; Sie geben bei einem Arrangement mit der EWG nicht nur die Vorteile des 18%igen EFTA-Handels, sondern ziemlich sicher auch die 15 % Ihres Osthandels auf. Sie handeln also 47 % gegen 33 % ein.

Toncic

Die Frage des Osthandels wurde bisher gegenüber der EWG stets ausgeklammert.

Stopper

Unser Argument dreht sich nicht um Ihre Handelspolitik gegenüber dem Osten, sondern um allfällige Reaktionen des Ostens Ihnen gegenüber.

Wir haben noch eine weitere Frage: Wie weit kann man bei einem Arrangement mit der EWG in Sachen wirtschaftlicher Harmonisierung gehen? Das ist natürlich eine Frage, die sich heute nicht klar beantworten lässt, weil wir nicht wissen, wie die EWG in Zukunft aussehen wird. Aber schon bei unseren seinerzeitigen vorbereitenden Gesprächen, die damals unter der Voraussetzung stattfanden, es komme zu einer gesamteuropäischen Lösung, waren wir bezüglich der Frage der Harmonisierung nicht gleicher Meinung. Wir vertraten die Auffassung, ein weiter Bereich unserer Zollpolitik müsse autonom bleiben, und wir haben das zu einer conditio sine qua non gemacht; wenn wir mit diesem Vorbehalt nicht durchdringen sollten, dann würden wir eben auf eine EWG-Assoziierung verzichten. Es geht uns bei dieser Haltung um die Verteidigung unserer eigenen Wirtschaftsinteressen.- Ein wesentlicher Teil auch Ihrer Exporte geht in Drittländer; wenn Sie nun in jedem Fall mit der EWG gleichziehen müssen, wer verteidigt dann Ihre Interessen? Die EWG ist schwerfällig, und Sie selbst verzichten auf Ihre Waffen. Wir jedenfalls haben hier unsere Grenzen gefunden, und wir wären viel weniger weit gegangen als Sie es gegenüber der EWG offenbar bereit wären zu tun.

Wir finden es ferner stossend, dass Sie Ihre Vorbehalte nur auf den Handel mit den Oststaaten konzentriert haben; das klingt in unseren Ohren nach Satellisierung. Sie geben Ihre handelspolitischen Waffen gegenüber dem Westen auf. Und wie wollen Sie Ihren Handel mit Uebersee, mit Drittländern ausgestalten, wenn Sie so wenig Bewegungsfreiheit haben?

dodis.ch/31106

Im übrigen hegen wir die Meinung, die Zukunft liege in einer Lösung von der Art eines Handelsklubs mit vollem Mitspracherecht für jeden Beteiligten. Vielleicht wäre auch tatsächlich Bestimmung XXIV/5/c des GATT eine Lösung, wenn auch keine orthodoxe. Wir sehen jedoch, dass die Entwicklung dahin geht, Präferenzzonen zu schaffen. Präzedenzfälle zugunsten der Entwicklungsländer könnten auf europäische Staaten angewendet werden. Allerdings wird vorerst abgewartet werden müssen, wie die Kennedy-Runde ausgeht.

Spühler

Die Zeit drängt; wünscht sich noch jemand zu äussern?

Toncic

Ich möchte aus der Diskussion folgende Quintessenz ziehen: in einer Angelegenheit, die sich noch in Entwicklung befindet, lassen sich kaum Tatbestandsmerkmale eines endgültigen Zustandes herauskristallisieren. Die EWG selbst befindet sich zudem gegenwärtig in einer gewissen Perturbation. Ich möchte aber Herrn Stopper bitten, mir seine Gedankengänge, im Interesse der guten schweizerisch-österreichischen Beziehungen, schriftlich niederzulegen; denn jeder Gedanke kann uns in dem Neuland, auf dem wir uns bewegen, weiterhelfen. Meinerseits bin ich gerne bereit, mich in gleicher Weise zu revanchieren.

Spühler

Wir danken Ihnen für diese Anregung; Herr Stopper wird ihr gerne Folge leisten. Wir sind Ihnen auch dankbar, dass Sie Ihrerseits uns Ihre Gedanken zu diesem Thema überreichen wollen. All das kann zur gegenseitigen Klarheit nur beitragen.

Wir hätten die Diskussion gerne noch über einige Weltprobleme und über die UNO weitergeführt; vielleicht lässt sich das heute abend in anderem Rahmen noch nachholen.

Der Protokollführer:

sig. Kaufmann